

## Beantwortung Presseanfrage der MZ vom 12.05.2020 (Martin Walter)

### **1. Zunächst allgemein: Wie beurteilen Sie die Arbeit der Kreisverwaltung des Burgenlandkreises in der Corona-Krise?**

*Die Arbeit der Verwaltung, also die der Sachbearbeiter, ist nicht zu kritisieren. Diese versuchen unter den auferlegten Bedingungen ihre Arbeit nach bestem Wissen und Können zu erledigen.*

*Anders sieht diese Bewertung beim Hauptverwaltungsbeamten aus. Dieser kommt seiner Pflicht seinen Vorgesetzten - dem Kreistag - nicht vollumfänglich nach. Hier werden Entscheidungen einsam und allein getroffen, ohne auch nur daran zu denken, alle Kreisräte zu informieren.*

### **2. Wie beurteilen Sie es, dass für rund zwei Monate alle Ausschusssitzungen abgesagt wurden?**

*Das für zwei Monate die politische Arbeit der im Kreistag vertretenen Fraktionen faktisch abgeschafft wurde, ist nicht hinnehmbar. Die nächste Kreistagssitzung ist erst am 13.07.2020 geplant, eine Woche zuvor tagt der Kreisausschuss.*

*Des Weiteren ist der Informationsfluss seitens des Landrats Ulrich an die Kreisräte unzureichend was die Pandemie selbst betrifft, denn bis auf wenige Ausnahmen weiß vermutlich kein Kreisrat, wie sich die Pandemie von Beginn an bis heute im Burgenlandkreis entwickelt hat. Da bleibt lediglich der Blick auf den Webaufrtritt des Landkreises oder direkt die Abfrage beim RKI, um mindestens die Gesamtzahlen zu erfahren. Wo sich Häufungen an mit dem Virus infizierte Personen befinden und wie sich die Entwicklung in den Gemeinden darstellt, fehlte gänzlich. Meines Wissens erhielten nicht mal die Bürgermeister des Landkreises entsprechende Informationen. Deshalb hätten schon die beschließenden Ausschüsse tagen können, oder wenigstens alle zwei Wochen eine Telefonkonferenz der Fraktionsvorsitzenden mit dem Landrat stattfinden können.*

*Dass die Krisenkommunikation funktionieren kann, zeigen andere Landkreise sehr deutlich. So sind zwar in Anhalt-Bitterfeld alle beratenden Ausschüsse abgesetzt wurden, jedoch trafen sich die beschließenden Ausschüsse unter den von Amtswegen erlassenen Sicherheitsmaßnahmen. Ich kann an dieser Stelle nur mutmaßen, dass sich der Hauptverwaltungsbeamte Ulrich in der Rolle des „Alleinbestimmers“ recht wohl fühlt. Aber hier sei gesagt, dass wir als AfD dieses Verhalten aufklären werden und alle vom Hauptverwaltungsbeamten getroffenen Entscheidungen überprüfen werden.*

*Letztlich muss der Landrat Ulrich für seine Solitärentscheidung, der Aufnahme von Migranten der ZAS Außenstelle Magdeburg in die Gemeinschaftsunterkunft nach Laucha, die den Kreisräten erst aus der Presse bekannt wurden, verantworten. Auch dieses werden wir aufarbeiten.*

### **3. Einzig die Sitzungen des Vergabeausschusses und des Betriebsausschusses Jobcenter wurden meines Wissens nach im Umlaufverfahren getätigt. Können Sie diesbezüglich eine kurze Einschätzung geben, wie das lief?**

*Da ich selbst kein Mitglied in den Ausschüssen bin, kann ich nur die Antworten meiner Fraktionskollegen, die Mitglied sind bzw. den Ausschussvorsitz innehaben (Vergabeausschuss) wiedergeben. Von deren Seite gab es keine Beanstandungen oder Schwierigkeiten, im Gegenteil. Der Vergabeausschuss wurde wie gehabt vorbereitet und tagte. Umlaufbeschlüsse wurden unkompliziert durchgeführt, als*

*Notersatz zu einer Sitzung ist das also nur zu empfehlen. Mit Umlaufbeschlüssen können dringend notwendige Beschlüsse gefasst werden und die Kreisräte können ihren Dienst wenigstens in Minimalform weiterführen.*

**4. Das Infektionsschutzgesetz gibt den Kreisverwaltungen und deren Gesundheitsämtern ja weitreichende Kompetenzen. Hätten Sie sich diesbezüglich ein Mitspracherecht des Kreistags gewünscht, beispielsweise was die Verordnungen anbelangt? Wenn ja, können Sie Beispiele nennen, was Sie anders gehandhabt hätten?**

*Ja, das hätte ich mir gewünscht, denn man hat sich hier wohl nur auf die Eindämmungsverordnungen gestützt, die vom Land Sachsen-Anhalt kamen.*

*Der Verlegung von Asylbewerbern in die Gemeinschaftsunterkunft (GU) in Laucha und einer etwaigen dezentralen Verteilung von Asylbewerbern im Burgenlandkreis hätte ich eine klare Absage erteilt. Dass GU und Johanniter am Ende in einem Gebäude untergebracht wurden ohne separaten Eingang und die Johanniter in das Gymnasium Laucha während der Quarantänephase wechseln mussten, zeugte von einer chaotischen und planlosen Situation.*

*Zudem hätte ich mich eigenverantwortlich dafür eingesetzt, dass die Risikogruppen als auch die relevanten Berufsgruppen, wie Ärzte, Pflegekräfte und das Kita-Personal regelmäßigen Tests unterzogen würden, dass zumindest eine Außenbewirtung im Gastronomiegewerbe zeitnah hätte ermöglicht werden können sowie ein einheitliches Hygienekonzepte für diese erarbeitet worden wären und nicht erst, wenn die Landesregierung den Startschuss gibt und die Verantwortung an die Landkreise delegiert.*

*Die Position der AfD-Burgenlandkreis vom 28.04.2020 und unsere geforderten Lockerungsmaßnahmen finden Sie unter dem Link: <https://afd-burgenlandkreis.de/corona/>. Vieles davon ist nun mittlerweile umgesetzt bzw. gelockert worden.*

*Meinen Appell an die Landesregierung vom 05.05.2020 hinsichtlich der Öffnung von Gastronomiebetrieben finden Sie unter dem Link: <https://lydia-funke.de/>.*

**5. Es ist ja abzusehen, dass die Krise erhebliche Mehrkosten für den Kreishaushalt mit sich bringen wird, auch wenn das Land und/oder der Bund wahrscheinlich für einige Kosten aufkommen wird. Gibt es von Ihrer Fraktion schon Überlegungen, wie die Mehrkosten im Kreishaushalt ausgeglichen werden können?**

*Es werden nicht nur Mehrkosten entstehen, sondern es werden auch Einnahmen in nicht geringem Maße wegfallen und das auf Jahre hinaus. Die Vollbremsung der Wirtschaft wird sich bei den Einnahmen der Kreisumlage bemerkbar machen, wie auch die Zuweisungen des Landes, die aufgrund der finanziellen Lage des Landes mit Sicherheit nicht steigen werden. Sicher kann man hier und da Sparvorschläge machen, was aber das Problem einer auskömmlichen Finanzierung der Kreise, aber auch der darunter liegenden Kommunen nicht lösen wird. Die knappen Mittel müssen effizient verteilt werden. Bis aber dieses große Rad gedreht wird, ist der springende Punkt bei einer Debatte über Kosten und Aufwand, was jetzt Priorität haben muss. Da stehen die Öffentliche Daseinsvorsorge für unsere Bürger dem Gutmenschentums des Hauptverwaltungsbeamten konträr gegenüber, der ohne Information des Kreistages illegal Zugewanderte in den Kreis holt.*